



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 11. August 2009

## **Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Schutzschirme für Menschen – Systemkrise bekämpfen Arbeitsplätze schaffen!**

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die Stadt Frankfurt am Main schafft aus eigenen Mitteln und aus Bundesmitteln, die ihr zur Verfügung stehen, einen öffentlich geförderten Beschäftigungsbereich. Als Einstieg in einen kommunalen Beschäftigungssektor, sind folgende Sofortmaßnahmen zu ergreifen:

#### **I. Rekommunalisierung, öffentliche Daseinsvorsorge und Schaffung von öffentlichen Arbeitsplätzen**

1. Zuvor an die Privatwirtschaft vergebene Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge werden wieder durch die öffentliche Hand bereitgestellt - Rekommunalisierung. Gleichzeitig zur Rekommunalisierung wird ein Beschäftigungsprogramm aufgelegt. Ziel ist es, durch eine konsequente Rückführung städtischen Eigentums aus dem Markt, erweiterte kommunale Steuerungsmöglichkeiten zurückzugewinnen.
  - a. Im Bereich der Schulreinigung wird ein Eigenbetrieb gegründet. Die Beschäftigten des Eigenbetriebes werden sozialversicherungspflichtig beschäftigt.
  - b. Unter der Maßgabe des Antrags NR 1171/2008 werden eine dezentrale Essensversorgung eingeführt und die städtischen Küchenbetriebe wieder eingerichtet.
2. Wiedereinstellung von Hausmeistern in allen Schulen (Maßgabe hierfür ist der Etatantrag E 131/2009).
3. Ausweitung und konsequente Verbilligung des ÖPNV, ausschließliche Eigenvergabe unter Verzicht auf Ausschreibungen. Nach Ablauf der vereinbarten Vertragsfristen Rückführung der über Ausschreibung vergebenen Dienstleistungen und Linien an den städtischen Träger.

**Die Linke. Fraktion im Römer**

**Bethmannstraße 3**

**60311 Frankfurt am Main**

**e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)**

**Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)**

**Telefon (069) 95 92 909- 0**

**Fax : (069) 95 92 909- 17**

4. Ausbau des Personalbestands im Jugend- und Sozialamt. Analog zu den in der Anfrage A 868 genannten Sachverhalten sind hier insbesondere
  - a. der Kinder-Jugendsozialdienst
  - b. die Bereiche der aufsuchenden Sozialarbeit
  - c. die Streetwork-Projekte zu berücksichtigen.
5. Aufhebung der Wiederbesetzungssperre.
6. Weiterentwicklung des Ortsdienerkonzepts. Weiterqualifizierungsangebote und Umwandlung in sozialversicherungspflichtige, tariflich gebundene Normalarbeitsverhältnisse (E 246/2007 & E125/2009)
7. Nahversorgung durch sogenannte CAP-Märkte, um
  - a. Menschen mit Vermittlungshemmnissen und Behinderung in geregelte und sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu bieten,
  - b. die Nahversorgung in allen Frankfurter Stadtteilen zu erreichen.

## II. Öffentlicher Beschäftigungssektor

8. Die Stadt Frankfurt schafft einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Dafür werden die Mittel, die die Bundesregierung ohnehin zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit einsetzt, gebündelt. Diese sind
  - a. Die aktiven Leistungen, d.h. die Entgelte aus den sogenannten Ein-Euro-Jobs
  - b. Die passiven Leistungen, worunter die Regelleistungen aus dem ALG II inklusive die Sozialversicherungsbeiträge und Kosten der Unterkunft fallen.
  - c. Die Summe aus beiden Leistungen wird aus Mitteln der Stadt aufgestockt, um damit sozialversicherungspflichtige und Existenz sichernde Beschäftigungsverhältnisse, insbesondere für Langzeitarbeitslose zu schaffen.

### Begründung:

Bereits im November 2008 hat DIE LINKE den Wiedereinstieg der Kommune in einen kommunalen, öffentlich geförderten Beschäftigungssektor gefordert (NR 1171/2008). Obwohl dieser Antrag abgelehnt wurde, ist akuter Handlungsbedarf gegeben. Das Konzept ist in Anbetracht drohender „sozialer Unruhen“, wie es der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und Gesine Schwan, die Kandidatin für das Bundespräsidentenamt im April 2009 ausgedrückt haben, nicht nur erneut aufzugreifen, sondern auszuweiten.

Wenn die Tiefe der Krise sogar die neoliberalen Anbeter des „freien Marktes“ nach dem „verhassten Staat“ rufen lässt, ist dies nur ein Zeichen dafür, dass die derzeitige Krise immer mehr das derzeitige System bedroht. Das Eingreifen des Staates/ der Kommunen ist aber nicht wegen der Hilferufe der neoliberalen Ideologen notwendig, sondern aus gesellschafts- und sozialpolitischen Erfordernissen.

Deshalb muss man sich endlich vom Irrglauben „Privat ist besser!“ abwenden. In vielen Bereichen der Daseinvorsorge, die in den letzten 20 Jahren an die Privatwirtschaft abgegeben oder unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten neuorganisiert wurden, hat sich weder eine

Qualitätsverbesserung noch eine Verbesserung der Einkommenssituation für die Bevölkerung eingestellt. Im Gegenteil, wir erleben in Deutschland derzeit eine Renaissance des öffentlichen Sektors. Gemeinden, wie Hannover, Dortmund, Freiburg und Saarbrücken haben ehemals privatisierte Bereiche wieder unter kommunale Verwaltung gestellt. Dies ist nicht nur für die Bevölkerung im Allgemeinen gut, sondern auch für die Beschäftigten. Denn nur ein öffentlicher Betrieb kann die Ziele der Steigerung des Allgemeinwohls und einer gerechten Bezahlung in Einklang bringen.

Die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) ist der richtige und erforderliche Schritt für die Errichtung einer sozialen und solidarischen Gesellschaft. Denn die Privatwirtschaft, mit dem einzigen Ziel der Gewinnmaximierung, wird im Zuge der Krise immer mehr Menschen auf die Straße setzen und damit an den gesellschaftlichen Rand drängen. Die Aufgabe der Kommune ist es, mit einer aktiven Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik diese Menschen wieder in die Mitte der Gesellschaft zu holen. Mit einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor kann die gesellschaftlich notwendige Arbeit organisiert und Arbeit zu Existenz sichernden und sozialversicherungspflichtigen Bedingungen finanziert werden.

Die Rolle und Funktion eines ÖBS unterscheidet sich vom öffentlichen Dienst. Letzterer ist von klaren Hierarchien und gesetzlich festgelegten Aufgabenstellungen und Zuständigkeiten geprägt und damit kein Ort gesellschaftlicher Selbstorganisation. Der ÖBS ist hingegen der Sektor, der auch Projekten und Initiativen neue Wege öffnen kann, ihre Ideen umzusetzen – im gesellschaftlichen Interesse. Insofern ist die Debatte um das Konzept eines ÖBS auch Teil der Diskussion um die solidarische Erneuerung des Sozialstaats, um die Frage, wie sich soziale Gerechtigkeit unter den Bedingungen von schnellem gesellschaftlichem Wandel organisieren lässt.

#### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

Antragsteller/innen:  
Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Carmen Thiele  
Stv. Udo Mack